

Jackson Diehl: Ein vertrautes Hindernis für den Frieden im Nahen Osten: Machmud Abbas¹

In seinem Rückblick erinnert Jackson Diehl in der „Washington Post“ daran, dass die israelische Regierung im Dezember 2007 die Erweiterung der Siedlungstätigkeit im zu Jerusalem geschlagenen Ortsteil Har Homa ankündigte – zur Zeit von Außenministerin Condoleezza Rice –, als US-Diplomaten Israelis und Palästinenser zu Friedensverhandlungen überreden wollten, und kritisiert, dass die heutige Administration in bemerkenswerter Weise langsam lerne, wenn es um den Nahen Osten geht. Präsident Barack Obama habe in den vergangenen zehn Tagen lernen müssen, dass Provokationen, ob von israelischer oder palästinensischer Seite – Diehl verweist auf den Qassam-Raketen-Beschuss aus dem Gazastreifen –, regelmäßig Friedensgespräche zu torpedieren versucht haben². Daraus ergebe sich für Washington, die Konzentration nicht auf solche Brüskierungen zu verwenden, sondern auf dem Verhandlungsprozess zu bestehen.

Rice habe damals gegenüber Ministerpräsident Ehud Olmert erklärt: „Mach das nicht noch einmal“, und gegenüber Autonomie-Präsident Machmud Abbas: „Du kannst über die Grenzen des palästinensischen Staates verhandeln, um die Siedlungen irrelevant zu machen, oder Du kannst die Verhandlungen boykottieren und die Bautätigkeit fortfahren lassen.“ Die Chefin des State Department habe gegenüber Abbas klargestellt: Jeder Siedlungsbau während der Gespräche würde von den USA nicht akzeptiert werden, wenn die Zeit für die Festlegung der endgültigen Grenzen Israels

¹ Jackson Diehl: A familiar obstacle to Mideast peace: Mahmoud Abbas, in „The Washington Post“ 22.03.2010, p. A 17. Der Autor ist einer der anerkanntesten politischen Publizisten in den USA.

² Diese Auffassung hatte bereits der jordanische König Abdullah II. Anfang 2007 vertreten: „... I promise you, if tomorrow Olmert und President Abbas sit down and shake hands and launch a peace process, there'll be extremists on either side that create violence and loss of life to try and destabilize the conflict.“ (Akiva Eldar: Abdullah: Jordan will develop nuclear power, in „Haaretz“ 19.01.2007.)

gekommen sei. Rice habe sich an eine Richtlinie gehalten, die sie den „Google Earth test“ nannte. Eine Siedlung, die sichtbar expandiere, sei ein Problem; eine Ausweitung, die innerhalb der bestehenden territorialen Grenzlinien erfolge, sei keines. Deshalb sei es ihr gelungen, dass Olmert und Abbas nicht über die Siedlungen, sondern über den künftigen Staat Palästina gesprochen hätten: über die Grenzen, die Zukunft Jerusalems mit seinen Heiligen Stätten, über Angelegenheiten der Sicherheit und über die Millionen palästinensischen Flüchtlinge in Lagern.

Am Ende habe Olmert einen Plan vorgelegt, der über das hinausgegangen sei, was Israel oder die Vereinigten Staaten je vorgelegt hätten, darunter einen Staat Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem und die Zusage der Rückkehr von 10.000 Flüchtlingen nach Israel. Doch die palästinensische Führung habe Schwierigkeiten, Ja zu sagen. Bei Olmerts Vorlage sei Abbas zurückgezuckt und habe sich geweigert, ein eigenes Angebot vorzulegen. Benjamin Netanyahu werde mit Sicherheit nichts akzeptieren, was Olmert damals vorgeschlagen habe. Der Autor schließt mit der Einschätzung, dass die gegenwärtige Administration darauf setze, die israelische Regierung zum Nachgeben zu zwingen oder ihren Willen zu brechen – beides werde scheitern.
